

BREMER ZUKUNFTSBÜNDNIS

ökologisch – sozial – gerecht

Bremen, Oktober 2026



Klimaschutz als Chance – Zukunft für Bremen gestalten!

Erklärung des Bremer Zukunftsbündnisses

Die Klimakrise wird immer spürbarer: Extremwetterereignisse häufen sich und das Klimasystem nähert sich den sogenannten Kipppunkten, deren Überschreiten gravierende Verschlechterungen der Lebensbedingungen zur Folge hätte. Der Klimawandel verschärft soziale Ungleichheit, schädigt besonders vulnerable Gruppen, beschleunigt das Artensterben, zerstört die Grundlagen des Wirtschaftens und hat spürbare Auswirkungen auf Gesundheit und Wohlbefinden. Unterbliebener Klimaschutz kostet mehr als ein konsequenter klimaneutraler Umbau.

Aber: Gleichzeitig eröffnet wirksamer Klimaschutz neue Chancen für die Menschen, Unternehmen und Kommunen: Verringerung von globalen Abhängigkeiten und Krisen, Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen wie Gas und Öl, erhöhte Kostensicherheit für Mietende und Vermietende, Eröffnung neuer Entwicklungsfelder und Perspektiven für die Wirtschaft, Schaffung neuer Arbeitsplätze und Steigerung der

Lebensqualität. Diese Chancen können wir nur dann realisieren, wenn die Transformation beides ist – ökologisch und sozial gerecht.

Die bundespolitischen Rahmenbedingungen für einen erfolgreichen klimaneutralen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft haben sich in den letzten Monaten deutlich verschlechtert. Wir lehnen den bundespolitischen Rollback in der Sozial- und Klimapolitik entschieden ab. Im Gegenteil: Wir fordern eine Verstärkung klimapolitischer Anstrengungen. So muss insbesondere das Investitions Sonderprogramm des Bundes zur Förderung von Klimaschutz-Investitionen und Infrastruktur in den Ländern und Kommunen (LuKIF) verlängert und ausgeweitet werden.

Es gilt zudem, die Spielräume auf landespolitischer und kommunaler Ebene zielgerichtet und vollständig auszuschöpfen. Das Land Bremen hat ausgehend von der Klima-Enquete-Kommission beschlossen, bis 2038

Klimaneutralität zu erreichen. Dazu hat der Senat 2023 eine umfassende Klimaschutzstrategie verabschiedet. Der im Oktober 2025 vorgelegte Sachstandsbericht zeigt jedoch eine absehbare Zielverfehlung, weshalb die bisher ergriffenen Maßnahmen intensiviert und ergänzt werden müssen.

Aus Sicht des Bremer Zukunftsbündnisses muss der unabweisbar notwendige Transformationsprozess sozial gerecht gestaltet werden. Entscheidend dafür sind der klimaneutrale Umbau der Wirtschaft, die Modernisierung von Arbeitsschutz und Arbeitszeitpolitik, eine klimaneutrale Mobilität sowie die Wärmewende bei Mietwohnungen. Da wo es relevant ist, sind Maßnahmen gendergerecht zu gestalten, da Frauen von den Klimawandelfolgen häufig besonders betroffen sind.

Klimaneutrale Transformation der Wirtschaft gestalten

Die klimaneutrale Transformation der Industrie im Lande Bremen ist eine wesentliche Chance, aber auch Herausforderung für die bremische Wirtschaft. Notwendige bundes- und europapolitische Weichenstellungen müssen durch eine klare Transformationspolitik des Landes flankiert werden. Die Flächenpolitik muss an ökologischen Kriterien ausgerichtet werden. Das bedeutet: Vorrang von Flächenrecycling, Gewerbeflächenkreislaufwirtschaft, Minimierung neuer Flächenversiegelung und umfassende Transparenz der Flächenpolitik.

Darüber hinaus fordern wir, gemeinsam mit den betroffenen Unternehmen über die anstehende Transformation ins Gespräch zu kommen, um konkrete Transformationspläne zu entwickeln. Ziel muss es sein, dabei die notwendige Unterstützung durch das Land Bremen zu definieren und abzusichern. Die Aufstockung und Verlängerung des Klimafonds ist dabei unverzichtbar. Darüber hinaus sind die hierfür notwendigen öffentlichen Planungskapazitäten zu schaffen. Die Landesregierung muss zudem gemeinsam mit anderen Bundesländern ihre Einflussmöglichkeiten auf die Bundespolitik nutzen, um einen klimaneutralen Umbau der Industrie durch eine Neuausrichtung der Industrie-, Wettbewerbs- und Außenwirtschaftspolitik voranzutreiben.

Wenn Produktions- und Absatzrückgänge zu verzeichnen sind, ist eine Erneuerungspolitik erforderlich, die mittel- und langfristige Wettbewerbsfähigkeit durch

gesteigerte Produktivität erreicht. Bremen unterstützt diesen Weg durch gezielte Technologienförderung in Schlüsselbranchen, grüne Technologien, Investitionsanreize und Verzahnungen von Wirtschaft und Wissenschaft.

Arbeitsschutz, Arbeitszeit und Klimawandel

Im Rahmen der Klimaanpassungsstrategie müssen auch der Arbeitsschutz und die Arbeitsfähigkeit der Einrichtungen der Daseinsvorsorge noch höhere Priorität bekommen.

Wenn in Hitzeperioden aufgrund zu hoher Temperaturen Kitas schließen und Pflegeeinrichtungen evakuiert werden müssen sowie die Versorgung in Teilen der Krankenhäuser gefährdet ist, geraten Beschäftigte mehrfach unter Druck.

Der Hitzeaktionsplan Bremen/Bremerhaven adressiert die Problematik. Notwendig ist aber eine höhere Verbindlichkeit in der Umsetzung. Betriebe brauchen verbindliche Hitzeschutzpläne, die auf der Gefährdungsbeurteilung basieren. Diese müssen speziell in und vor Hitzephasen auch durch die Gewerbeaufsicht kontrolliert werden. Auf Bundesebene ist auf eine höhere Verbindlichkeit der Arbeitsschutzregelungen, bzw. verbindliche Mindeststandards bei Hitze- und UV-Schutz hinzuwirken. Es sind Temperaturschwellenwerte festzulegen, ab denen ein Arbeiten nicht mehr möglich ist und hitzebedingte Arbeitsausfälle sozial abzusichern (z. B. Klima-Kurzarbeitergeld).

Das Land Bremen sollte sich dafür einsetzen, dass sowohl ein Bundesförderprogramm als auch ein Landesförderprogramm aufgelegt wird, um die Übernahme der entsprechenden Investitionskosten sicherzustellen, damit Einrichtungen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft zeitnah energetisch saniert und dabei notwendige Maßnahmen des baulichen und technischen Hitzeschutzes umgesetzt werden.

Die Arbeitszeitpolitik hat neben der sozialen Dimension auch klimapolitische Implikationen, etwa im Hinblick auf Pendelverkehre und den Energieverbrauch in Arbeitsstätten. Es gilt sicherzustellen, dass notwendige Anpassungen von Arbeitszeiten und der klimabedingte gesteigerte Arbeitsaufwand in Hitzeperioden nicht zu einer faktischen Verlängerung der Arbeitszeiten genutzt werden. Pauschale Verlängerungen von Arbeitszeiten bedeuten lediglich kurzfristige

Kosteneinsparungen zulasten von Arbeitnehmer*innen. Durch die damit einhergehende Überlastung erhöht sich der Krankenstand in den betroffenen Berufen, die so auch unattraktiver für Beschäftigte werden. Hierdurch verschärft sich gerade in diesen Bereichen der Fachkräftemangel. Die derzeitigen Bestrebungen zur Ausweitung der Arbeitszeiten lehnen wir ab.

Verkehrswende

Die Verkehrswende ist zentral für das Erreichen der Bremer Klimaziele – dabei genügt weder die Elektrifizierung des motorisierten Individualverkehrs noch die Umstellung auf E-Busse; auch ein Modal Shift hin zum Umweltverbund aus ÖPNV, Fuß- und Radverkehr ist erforderlich, um die Klimaneutralität des Verkehrs bis 2038 zu erreichen. Zugleich ist Mobilität eine Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und die Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes, ganz besonders für Pendler*innen. Wo attraktive Alternativen fehlen, entsteht eine Abhängigkeit vom eigenen Pkw, die insbesondere für Beschäftigte und Haushalte mit geringem Einkommen eine erhebliche finanzielle Belastung darstellen kann.

Deshalb braucht es eine verlässliche Mobilitätsgarantie mit einer flächendeckenden, bezahlbaren und barrierefreien ÖPNV-Grundversorgung sowie sichere und durchgängige Fuß- und Radverkehrsnetze. Ziel muss die „Stadt der kurzen Wege“ sein. Angesichts des sich verteuerns Deutschlandtickets braucht es zudem ein sozial gestaffeltes ÖPNV-Ticket im Land Bremen und das politische Ziel, schrittweise auf Fahrscheinfreiheit hinarbeiten sowie den ÖPNV-Ausbau schneller als bisher voranzubringen, insbesondere für die Pendlerverkehre. Notwendig ist eine alternative, tragfähige Finanzierung, die die Belastungen sozial gerecht verteilt. Zugleich müssen der Ausbau und die Sanierung sicherer und den geltenden Planungsstandards entsprechender Fuß- und Radinfrastruktur Vorrang erhalten.

Sozial gerechte Wärmewende bei Mietwohnungen

Die Wärmewende in Wohngebäuden ist eine der zentralen Aufgaben zur Erreichung von Klimaneutralität auch in Bremen. Um diese ambitionierte Aufgabe schnellstmöglich umsetzen zu können, ist eine breite gesellschaftliche Akzeptanz erforderlich. Für Mietende ist es angesichts der in den letzten Jahren durch-

schnittlich stark gestiegenen Kaltmieten und Nebenkosten von großer Bedeutung, dass die Warmmiete durch die Wärmewende nicht zusätzlich ansteigt.

Um die sogenannte Warmmietenneutralität erreichen zu können, ist eine Reform der regulatorischen Rahmenbedingungen, effiziente Investitionsförderung und eine gesteigerte Investitionsbereitschaft der unterschiedlichen Eigentümer erforderlich. Hierzu braucht es klare Zielvorgaben des Bremer Senats und die Schaffung von Planungssicherheit insbesondere auch für den Ausstieg aus erdgasbasierten Strukturen, was auch den Ausschluss von sogenannten grünen Gasen inklusive Wasserstoff beinhaltet.

Notwendig sind flexible und angepasste Lösungen für unterschiedliche Gebäudetypen. Technologieoffenheit sollte sich auf CO₂-freie Techniken beschränken und nicht als Rechtfertigung für weitere Investitionen in fossile Heizsysteme dienen.

Die Kosten für strombasierte Heizungslösungen, etwa für Wärmepumpen, sind in Deutschland zum Teil erheblich höher als im benachbarten europäischen Ausland. Das hemmt den Ausbau und erzeugt vermeidbare Kosten für die Wärmewende. Auch bei Fernwärme ist die Höhe der derzeitigen Leistungspreise und der Preisbildungs-Mechanismus nicht optimal, um die erforderliche Akzeptanz für die angestrebte Verdoppelung des Anschlussgrads zu erreichen.

Die öffentliche Hand ist dringend gefordert, durch die Herstellung von Preistransparenz sowie Wettbewerbs- und Kartellpolitik dazu beizutragen, Wärmekosten auf ein niedrigeres Niveau hin zu orientieren. Auch dies ist mit mehr Planungssicherheit zu verbinden. Eine Unterstützung können dabei genossenschaftliche, quartiersbezogene Versorgungsstrukturen darstellen.

Eine erfolgreiche kostengerechte Wärmewende erfordert intensivierte Beratung, Monitoring und Transparenz auf allen Akteurs-Ebenen.

Gestaltungsnotwendigkeiten zum Klimaschutz und zur Anpassung an den begonnenen Klimawandel gibt es genug. Das Land Bremen muss seine Handlungsmöglichkeiten offensiv nutzen, damit Klimaschutz eine Chance für die Gestaltung der Zukunft in Bremen und Bremerhaven wird.

Im Bremer Zukunftsbündnis haben sich die bremischen Gewerkschaften, die Arbeitnehmerkammer sowie Bremer Umwelt-, Sozial- und Wohlfahrtsverbände zusammengefunden.

